



Niederschrift

19. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 10.06.2015
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:47 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	bis 19:45 Uhr
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	
Herr Günter Anger	CDU/ANW	
Herr Matthias Finken	CDU/ANW	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	
Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	bis 19:26 Uhr
Herr Dennis Hohloch	AfD	ab 17:25 Uhr
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	bis 19:45 Uhr
Frau Janny Armbruster	Grüne/B90	
Herr Lothar Wilhelm Wellmann	BürgerBündnis-FDP	ab 17:25 Uhr

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Herr Peter Schüler	Grüne/B90	entschuldigt
Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stvv

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
27.05.2015
- 3 Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2014 für die
Landeshauptstadt Potsdam
Herr Maik Toppel, Leiter der Polizeiinspektion Potsdam
- 4 Aktivierung der Servicestelle "Tolerantes und sicheres Potsdam"
Vorlage: 15/SVV/0288
Fraktion CDU/ANW
zur Erledigung
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Gynäkologische Abteilung Bad Belzig
Vorlage: 15/SVV/0271
Fraktion DIE aNDERE
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des
Schulentwicklungsplanes
gemäß Beschluss: 14/SVV/0940
- 6.2 Sachstandsbericht Lindenstraße 54 - Gedenkkonzept
- 6.3 Entwicklungsbereich Krampnitz - 8. Sachstandsbericht
Vorlage: 15/SVV/0410
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6.4 Standortfrage Flüchtlingsunterkünfte
- 6.5 Verständigung zur Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des
Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam Mittelmark
- 6.6 Information zum Bebauungsplan Nr. 52 "Rote Kaserne Ost"
Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung Teilbereich "Baufeld MI 7"
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Finken, eröffnet die Sitzung und verweist darauf, dass der Oberbürgermeister aufgrund seiner Teilnahme an der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages die Sitzung heute nicht leiten könne.

Gemäß § 56 Abs. 1 und 2 BbgKVerf nehme der Erste Beigeordnete als der allgemeine Stellvertreter des hauptamtlichen Bürgermeisters im Falle der Verhinderung alle Aufgaben des hauptamtlichen Bürgermeisters wahr. Das bedeute, dass er in Persona in dieser Funktion das Stimmrecht des Oberbürgermeisters im Hauptausschuss wahrnehmen könne, da der Oberbürgermeister qua Gesetz Mitglied im Hauptausschuss ist.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.05.2015**

Herr Finken stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 16 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Die Tagesordnung soll unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ um Informationen über die Neugestaltung des Amtsblattes sowie auf Wunsch der Fraktion DIE LINKE um eine Verständigung zum Umgang mit den nicht verbrauchten Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket **erweitert** werden.

Der Tagesordnungspunkt 6.2 - Sachstandsbericht Lindenstraße 54 – Gedenkkonzept – soll wegen der Erkrankung der Fachbereichsleiterin für Kultur und Museum **nicht behandelt** werden, ebenso der Tagesordnungspunkt 6.4 - Standortfrage Flüchtlingsunterkünfte – da es hierzu keine neuen Informationen gebe.

Herr Finken schlägt im Weiteren die Änderung in der Reihenfolge vor, indem die Tagesordnungspunkte 6.1 - Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des Schulentwicklungsplanes gemäß Beschluss: 14/SVV/0940 und **6.6** - Information zum Bebauungsplan Nr. 52 "Rote Kaserne Ost" Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung Teilbereich "Baufeld MI 7" zusammen behandelt werden.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 18. Sitzung des Hauptausschusses vom 27.05.2015 weist Herr Linke darauf hin, dass Herr Boede um die zugesagte Zahl der in der Stadtverwaltung beschäftigten Schwerbehinderten bitte.

Nach Prüfung dieses Hinweises ist festzustellen, dass sich diese Anmerkung nicht auf die Niederschrift der Sitzung vom 27.05.2015 bezieht. Die in der Stadtverordnetenversammlung April im Rahmen des „Reports des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen“ zugesagten Informationen wurden bereits in

der Hauptausschusssitzung am 13.05.2015 gegeben.

Die Niederschrift wird zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

zu 3 **Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2014 für die Landeshauptstadt Potsdam**

Herr Maik Toppel, Leiter der Polizeiinspektion Potsdam

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Herr Finken den Leiter der Polizeiinspektion, Herrn Toppel, der mit Hilfe einer PowerPoint-Präsentation die Sicherheitslage in der Landeshauptstadt Potsdam für das Jahr 2014 vorstellt. Er geht in seinen Ausführungen auf die Entwicklung von Straftaten wie Diebstähle, die Verkehrsunfalllage und die Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Gremien ein und beantwortet im Anschluss die Fragen der Hauptausschusssmitglieder.

Frau Dr. Schröter fragt nach dem aktuellen Ermittlungsstand bezüglich der Kfz-Brände im Kirchsteigfeld und der Verkehrssicherheit abmarkierter Radwege.

Herr Toppel antwortet, dass die Ermittlungen sehr ernst genommen wurden und werden, aber noch nicht abgeschlossen seien; trotzdem es bereits Ermittlungen gegen konkrete Tatverdächtige gebe. Die Polizei sei im Kirchsteigfeld aus präventiven Gründen sehr präsent, wofür die Tatsache spreche, dass es seit März zu keinen weiteren Bränden gekommen ist.

Herr Schultheiß betont, dass die Bürger immer noch sehr beunruhigt seien, da es in 2015 bereits 3 Brände im Kirchsteigfeld geben habe. Er fragt im Weiteren nach statistischen Zahlen zur Internetkriminalität. Diese, so Herr Toppel, werde er für die Jahre 2012 und 2013 nachreichen.

Auf die Nachfrage von Herrn Linke, wie hoch die Aufklärungsrate bei Kfz- und Fahrraddiebstählen ist und ob bei Diebstählen die Videoüberwachung, z.B. am Hauptbahnhof, zu Ermittlungszwecken ausgewertet werde, erklärt Herr Toppel, dass die Aufklärungsrate bei Fahrraddiebstählen bei 10,2 % liege und die bei Diebstählen an/aus Kfz bei 20 %. Er weist darauf hin, dass die Videoüberwachung am Hauptbahnhof nicht rund um die Uhr aufzeichne, aber wenn möglich, hinzugezogen werde.

Auf die Nachfrage von Frau Michalske-Acioglu, ob es Statistiken für Verkehrsunfälle und Rauschgiftdelikte an und um Schulen gebe, entgegnet er, dass es keine gesonderte Erhebung für Schulen gebe, aber Delikte an Schulen in Potsdam keine Probleme bereiten. Die Polizei führe überall dort, wo Drogen-Schwerpunkte sind, auch Kontrollen durch und ist an Schulen durch z.B. den Revierpolizisten präventiv präsent.

Im Weiteren fragt Herr Heinzl nach, ob es bezüglich Delikten, die von Asylbewerbern verübt wurden, eine Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und der Polizei gebe und ob die Standorte der Unterkünfte für Asylbewerber und Flüchtlinge mit der Polizei abgestimmt seien.

Herr Toppel erklärt, dass es keine diesbezügliche Einzelerhebung gebe, und betont, dass die Polizei bei der Planung aller Asylbewerber-Unterkünfte mit einbezogen werde. Außerdem gebe es Sicherheitskonzepte für jede einzelne Unterkunft sowie einen 24-Stunden-Objektschutz; am Tage durch Sozialarbeiter und in der Nacht durch Sicherheitsfirmen.

Frau Müller-Preinesberger fragt nach, ob es bei den registrierten Unfällen mit Radfahrern auch eine Differenzierung gebe, aus der hervorgeht, welche

Altersgruppe besonders betroffen ist.

Herr Toppel erklärt, dass es eine solche Differenzierung gibt, die Zahlen aber noch nicht aufbereitet seien, so dass er dies ebenfalls nachreichen werde.

zu 4 Aktivierung der Servicestelle "Tolerantes und sicheres Potsdam"

Vorlage: 15/SVV/0288

Fraktion CDU/ANW

Der Antrag wurde dem Hauptausschuss zur Erledigung überwiesen:

Herr Finken bringt den Antrag nein.

Anschließend erläutert Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, dass die Verwaltung diesbezüglich auf gutem Wege sei und diesen Auftrag gern annehme.

Frau Dr. Müller äußert Bedenken, dass die Polizei hierzu schon viele Maßnahmen „am Start“ habe und die Servicestelle „Tolerantes und sicheres Potsdam“ hier nur flankierend tätig werden könne. Ebenso merkt Herr Linke an, mit dem Antrag Probleme zu haben, denn die Statistik gehe nicht von einer ansteigenden Tendenz für Diebstähle aus. Er halte den Antrag für entbehrlich. Dies wird von Herrn Schultheiß unterstützt.

Herr Jetschmanegg entgegnet, dass das eine Frage der Interpretation sei; er sehe die Servicestelle „Tolerantes und sicheres Potsdam“ an der Stelle, dies zu vernetzen und gleichzeitig die Rollen abzugrenzen.

Nach einem weiteren Meinungsaustausch schlägt Herr Linke vor, den ersten Absatz mit folgendem Wortlaut zu streichen:

Nach den aktuell bekannt gewordenen korrigierten Statistikzahlen der Polizei für Diebstähle (Fahrraddiebstähle, Diebstähle aus Kellern, Gärten, Garagen usw.) in Potsdam ist von einer ansteigenden Tendenz auszugehen.

Dies übernimmt Herr Finken und ändert den zweiten Absatz wie folgt:

Der Oberbürgermeister beauftragt, die Servicestelle „Tolerantes und sicheres Potsdam“ zu beauftragen, zusammen u.a. mit dem Ordnungsamt und der Polizei ein Programm zur Aufklärung der Bevölkerung, Prävention und gezielten Bekämpfung zu entwickeln.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister beauftragt, die Servicestelle „Tolerantes und sicheres Potsdam“ zu beauftragen, zusammen u.a. mit dem Ordnungsamt und der Polizei ein Programm zur Aufklärung der Bevölkerung, Prävention und gezielten Bekämpfung zu entwickeln.

Dem Hauptausschuss sind bis Ende des III. Quartals 2015 erste Ergebnisse vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen**.

zu 5 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 5.1 **Gynäkologische Abteilung Bad Belzig**

Vorlage: 15/SVV/0271

Fraktion DIE aNDERE

Herr Finken begrüßt die Vertreter des Klinikums Ernst von Bergmann, Herrn Prof. Wenisch und Herrn Prof. Radtke sowie Frau Bretag und vom Klinikum Bad Belzig Herrn Dr. Engel.

Herr Linke stellt fest, dass aus dem städtischen Klinikum Brandenburg an der Havel keine Vertreter vor Ort sind, ebenso nicht vom Ministerium. Er kritisiert, dass ohne Anwesenheit aller Beteiligten keine sinnvolle Debatte möglich sei; eine einseitige Darstellung brauche niemand. Herr Kümmel stellt hierzu fest, dass diese Vertreter nicht noch einmal eingeladen worden seien.

Herr Prof. Dr. med. Wenisch informiert zum Sachverhalt und den gemeinsamen Gesprächen der Beteiligten. Er verweist darauf, dass entsprechend dem Angebot des städtischen Klinikums Brandenburg kein adäquates Personal akquiriert werden konnte.

Herr Prof. Dr. Radke erläutert unter Bezugnahme auf seine langjährige Tätigkeit die medizinischen und rechtlichen Hintergründe.

In der sich anschließenden Diskussion stellt Frau Dr. Müller fest, dass man mit der Diskussion keinen Schritt weiter vorangekommen sei und die Lösung der personellen Probleme kontrovers diskutiert werde.

Frau Dr. Schröter verweist auf den 17. Juni 2015, an dem das Ministerium eine endgültige Entscheidung treffen werde und fragt, ob dieser Termin im Blick sei. Im Weiteren sei die Frage, wie mit den Ergebnissen des gleichzeitig mit dem Hauptausschuss tagenden Runden Tisches umgegangen werde.

Na einem weiteren kontroversen Meinungs austausch spricht sich Herr Wellmann gegen den Antrag aus, vor allem aus Gründen der Qualitätssicherung der medizinischen Versorgung. Hier stehe das Leben Neugeborener auf dem Spiel und habe die Qualität der medizinischen Betreuung absolute Priorität.

Herr Schultheiß stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Rednerliste zu schließen und den Antrag abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Stimmenenthaltungen.

Anschließend wird der von Herrn Linke in geänderter Fassung vorgelegte Antrag mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam bekräftigt ihren Beschluss vom 04.03.2015 zum Erhalt der Geburtshilfe in Bad Belzig (Ds 15/SVV/0166).

Sollte das Klinikum Ernst von Bergmann eine Weiterführung der

Geburtshilfestation in Bad Belzig nicht sicherstellen können, unterstützt die Stadt Potsdam folgende Möglichkeiten, das erforderliche Fachpersonal bereitzustellen:

- Übergabe der Stationen Geburtshilfe und Gynäkologie an das städtische Klinikum Brandenburg oder anderer Betreiber
- Sicherung der Versorgung durch Personalgestellungsvereinbarungen mit dem städtischen Klinikum Brandenburg oder anderen geeigneten Dritten.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Geschäftsführer des städtischen Klinikums entsprechend anzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	12
Stimmenthaltung:	1

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 6.1 Information über den aktuellen Stand der Umsetzung des
Schulentwicklungsplanes
gemäß Beschluss: 14/SVV/0940**

Frau Rademacher, Fachbereichsleiterin Bildung und Sport, erläutert an Hand einer Power-Point-Präsentation (im RIS als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt) den 3. Sachstandsbericht zum Schulentwicklungsplan und geht dabei auf die dargestellten wesentlichen Änderungen ein. Schwerpunkt des Berichtes sind die Ergebnisse des Einschulungsverfahrens und Standortfragen/Baumaßnahmen.

Sie beantwortet anschließend die Nachfragen von Frau Dr. Müller zur Zuverlässigkeit der genannten Prognosen und zur integrierten Schul- und Hortplanung, die aus ihrer Sicht noch immer vernachlässigt werde.

Im Weiteren erläutert Herr Werner, Arbeitsgruppe Bildungsorganisation und –planung, den Sachstand zum Standort Rote Kaserne West, der jetzt geändert werden soll. Er erläutert die Vor- und Nachteile des neuen Standortes Rote Kaserne Ost. Die dazu genutzte Power-Point-Präsentation ist ebenfalls im RIS als Anlage zum Tagesordnungspunkt beigefügt.

In der sich anschließenden Diskussion betont Frau Dr. Müller, dass die Zeitschiene sehr eng sei und sie die Einhaltung eher skeptische sehe.

Herr Linke verweist auf einen dringend benötigten Schulsportplatz, der nunmehr am freiwerdenden Standort platziert werden könne. Auf den Verweis von Herrn Goetzmann, Fachbereichsleiter Stadtplanung und Stadterneuerung, dass dies in die Standortprüfung mit einbezogen sei und das Nedlitzer Holz aus denkmalschutzrechtlichen Gründen eher nicht in Betracht komme, äußert er Verwunderung darüber, dass eine Schule dort gebaut werden könne, ein Sportplatz aber nicht.

zu 6.2 Sachstandsbericht Lindenstraße 54 - Gedenkkonzept

zurückgestellt

zu 6.3 Entwicklungsbereich Krampnitz - 8. Sachstandsbericht

Vorlage: 15/SVV/0410

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
überweisen OBR Fahrland und Neu Fahrland

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis.

zu 6.4 Standortfrage Flüchtlingsunterkünfte

Siehe Tagesordnungspunkt 2

**zu 6.5 Verständigung zur Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des
Hauptausschusses und des Kreisausschusses Potsdam Mittelmark**

Herr Kümmel reicht den Entwurf der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung aus und verweist darauf, dass von 17:00 – 18:00 Uhr die reguläre Hauptausschusssitzung stattfinden werde.

**zu 6.6 Information zum Bebauungsplan Nr. 52 "Rote Kaserne Ost"
Aufstellungsbeschluss zur 3. Änderung Teilbereich "Baufeld MI 7"**

Siehe Tagesordnungspunkt 6.1

zu 7 Sonstiges

Information über die Neugestaltung des Amtsblattes

Herr Jetschmanegg, Fachbereichsleiter Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung, erläutert unter Verweis auf die bisherige Form des Amtsblattes, dass im Zuge der Überlegungen zur Neugestaltung Amtsblätter anderer Städte zum Vergleich herangezogen wurden und diese ein sehr unterschiedliches Format haben.

Vorgesehen ist, einen nichtamtlichen Teil mit der Bezeichnung „Rathaus Fenster“ und einen Umfang von 8 Seiten zu gestalten. Er informiert im Weiteren über die möglichen und bereits geplanten Inhalte sowie darüber, dass auch den Fraktionen die Möglichkeit eingeräumt werde, sich darzustellen.

Erstmalig werde dieses Rathaus Fenster am 25. Juni 2015 erscheinen, und zwar in der bisherigen Auflage von 850 gedruckten Exemplaren. An eine Erhöhung sei derzeit nicht gedacht; man werde die Resonanz abwarten.

**Umgang mit den nicht verbrauchten Mitteln aus dem Bildungs- und
Teilhabe paket**

Frau Dr. Müller verweist auf die dazu geführte Diskussion in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, bei der mit unterschiedlichsten Zahlen operiert worden sei und deutlich wurde, dass die Verwaltung entgegen des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung die Mittel zur Risikominimierung verplant und die Stadtverordneten nicht unterrichtet habe.

Herr Exner betont, dass es keine direkte Finanzverbindung zwischen Kommune und Bund gebe und auch keine expliziten Mittel für Bildung und Teilhabe, sondern eine erhöhte Erstattungsquote für die Kosten der Unterkunft. Der Bund habe Mittel bei der Erstattung dieser Kosten einbehalten, die jetzt auf Grundlage der erfolgreichen Klage einiger Bundesländer – darunter auch Brandenburg – nun wieder gezahlt würden. Diese seien periodenfremd zu buchen und haben keine Zweckbindung. Dies sei auch im Rahmen der Kleinen Anfrage 15/SVV/0244 erläutert worden. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ändere nichts an den vorgegebenen Rahmenbedingungen.

Im Ergebnis der kritischen Nachfragen von Frau Dr. Müller und Frau Dr. Schröter schlägt Herr Finken eine bessere Kommunikation derartiger Sachverhalte, z. B. im Ausschuss für Finanzen, vor.